

# «Ein letztes Aufbäumen gegen die von der Mehrheit mitgetragene Coronapolitik»

Politologe Christian Frommelt sieht wenig Erfolgsaussichten für die neugegründete Partei «Mensch im Mittelpunkt».

Elias Quaderer

Eine neue Partei mit dem Namen «Mensch im Mittelpunkt» will die politische Bühne Liechtensteins betreten. Zwar fehlt noch eine Website und ein Eintrag ins Handelsregister ist erst in Bearbeitung. Aber das Ziel der neuen Partei ist bereits bekannt. Sie will laut Statuten die «Ungültigerklärung aller durch und wegen Corona erlassenen Gesetze und Verordnungen».

Doch kann eine Partei, die primär auf die Bekämpfung der Coronamassnahmen fokussiert, Erfolg haben? Christian Frommelt, Politologe und Direktor des Liechtenstein-Instituts, äussert sich skeptisch. Da zwar noch wenig über die Partei bekannt ist, lasse sich nicht viel über ihr Potenzial sagen. Aber: «Ich glaube nicht, dass eine solche Partei grosse Aussichten auf politische Erfolge hat.»

## Was hat die Partei nach der Pandemie zu bieten?

Der Politologe führt aus, dass bis zu den nächsten Wahlen – den Gemeindewahlen 2023 – die Pandemielage hoffentlich eine andere sein wird. Und,

neben Sympathien für Kandidaten, seien auch weiterhin Nutzenüberlegungen und Tradition entscheidende Wahlmotive in Liechtenstein. «Da stellt sich schon die Frage, was denn so eine Partei ihren Wählerinnen und Wählern über die Pandemie hinaus bringen kann.» In diesem Zusammenhang weist Frommelt darauf hin, wie in der Schweiz nach der verlorenen Abstimmung über das Covid-Gesetz der Zusammenhalt der Massnahmegegner stark erodierte, da die in der Bewegung engagierten Personen unterschiedliche Interessen und Wertvorstellungen haben.

## Initiativen erfolgreicher als Parteineugründungen

Zudem trifft eine Kleinpartei in Liechtenstein auf ein schwieriges Umfeld. Aufgrund der Sperrklausel von acht Prozent bei Landtagswahlen und der generell geringen Mandatszahl bei Landtag und Gemeinderäten «ist ein Mandatsgewinn in Liechtenstein sehr schwierig», so der Institutsdirektor. Und bleibt der Erfolg aus, wird es immer schwieriger, politisches Per-

sonal-Kandidaten und Funktionäre – zu finden. Nach der Ansicht Frommelts sind die «Anti-Corona-Parteien» am ehesten als Protestparteien zu kategorisieren. Er ergänzt dazu aber, dass in Liechtenstein verschiedene Formen der politischen Partizipation bestehen. Sind Leute unzufrieden, müssen sie nicht gleich eine neue Partei gründen, um ihr Anliegen anzubringen. Im Gegenteil: «Referenden und Initiativen sind meist deutlich erfolgversprechender als die Gründung einer neuen Partei», hält der Politologe fest.

## Rasche Rückkehr zur politischen Normalität

Umgekehrt hätten aber auch der Ausgang der Covid-Abstimmung in der Schweiz und die rückläufige Teilnahme bei den Coronakundgebungen im Land gezeigt: Diese Formen politischer Beteiligung bewirken keinen radikalen Kurswechsel in der Coronapolitik, da diese von der grossen Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen wird und eben auch eine sachpolitische Notwendigkeit für die Massnahmen besteht. «Insofern kann die Gründung der



Geht nicht davon aus, dass Corona das Parteiensystem verändert: Christian Frommelt.

Bild: Tatjana Schnalzer

neuen Partei auch als ein letztes Aufbäumen gegen die in Liechtenstein von allen etablierten politischen Parteien und demokratisch legitimierten Institutionen mitgestalteten Coronapolitik verstanden werden», meint Frommelt. Allerdings: Derzeit ist überall die Rede da-

von, wie die Pandemie die Gesellschaft spalte. Und eine gängige Theorie der Politikwissenschaft geht davon aus, dass neue Parteien entlang von gesellschaftlichen Konfliktgräben entstehen. Demnach liess der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital die sozialdemokratische

Parteien entstehen oder der Konflikt zwischen Kirche und Staat die christdemokratischen Parteien.

Dazu hält Christian Frommelt fest, dass aus seiner Sicht die Coronapandemie keine gesellschaftliche Konfliktlinie im Sinne eines «dauerhaften Grundkonflikts» etablieren werde. «Gerade mit Blick auf die westeuropäischen Staaten bin ich davon überzeugt, dass wir nach dem Ende der Pandemie rasch wieder zur politischen Normalität zurückkehren werden.» Der Politologe betont aber, dass dies nicht heissen soll, dass die Folgen der Pandemie die Politik nicht weiter beschäftigen werden. Er geht nur nicht von einer Veränderung des Parteiensystems aus.

Stattdessen stellt sich der Institutsdirektor vielmehr Fragen, die mit der politischen Kultur zusammenhängen. Zum Beispiel, ob sich die aktuell feststellbare Unzufriedenheit mit der Politik verfestigen wird. Oder wie sich das Vertrauen in die Medien sowie generell die Debattenkultur nach dem Ende der Coronapandemie entwickeln wird.